

Rund- schreiben

Mitgliederinformation der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Hamburg e. V.

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Jürgens

Ausgabe 2/2006

Stand: 10.03.2006

Steuer-Gewerkschaftstag 2006 DSTG – Vorstand im Amt bestätigt



Inhalt:

- DSTG-Vorstand im Amt bestätigt
- Öffentliche Veranstaltung unter dem Motto „Steuern! statt Streichen!“
- Après-Demo...
- Tarifstreit einfach
- Ondracek: Länder sollen gesprächsoffen in Verhandlungen gehen
- Ärger mit der Beihilfe – und kein Ende
- Kostendämpfungspauschale
- Internet für alle?
- Positives aus der Presse
- Tauschecke

Auf der Arbeitstagung des Steuer-Gewerkschaftstages am 23. Februar 2006 wurde der bisherige Vorstand mit eindrucksvoller Mehrheit im Amt bestätigt. Somit sind auch in der neuen, jetzt auf vier Jahre verlängerten Wahlperiode, unter dem Vorsitz von Michael Jürgens die Kolleginnen und Kollegen Brigitte Blech, Michael Thelen und Michael Westphal als stellvertretende Vorsitzende, Petra Kichniawy als Kassenführerin und Dieter Schröder als Geschäftstellenleiter wieder dabei. Des weiteren gehören weiterhin zum Vorstand Jens Flatt, Kirsten Rose und Stephan Quas. Neu dabei sind die

Vorsitzende der DSTG-Jugend, Christine Brandt und Jens Neumann, der als zweiter Kassenführer Jan Guhl ablöst, der nicht erneut kandidierte.

Die Verlängerung der Wahlperiode auf vier Jahre ist eine Anpassung an die Änderung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes, wonach die Amtsdauer des Personalrates jetzt ebenfalls vier Jahre beträgt. Michael Jürgens dankte bereits in seiner Eröffnungsrede allen Mitgliedern des Vorstandes und Hauptvorstandes für ihre gute Zusammenarbeit in den vergangenen drei Jahren.

Klare Positionierung des Gewerkschaftstages

Im Rahmen der Arbeitstagung fassten die Delegierten zahlreiche Beschlüsse, die ein klares Bekenntnis gegen weitere einseitige Belastungen für die Bediensteten und für eine Stärkung der Steuerverwaltung zur Einnahmesicherung des Staates darstellen. Es wurde herausgearbeitet, dass die Steuerkriminalität verschärft bekämpft werden muss und eine personelle Stärkung der Steuerverwaltung daher unumgänglich ist. Der Steuer-Gewerkschaftstag sagte daher deutlich „Nein!“ zu Maßnahmen, die zur Demotivation der

Kollegenschaft und weiteren finanziellen Opfern führen. Im gleichen Maße unterstützten die Delegierten Forderungen zur Stärkung der persönlichen Sicherheit der Beschäftigten vor tätlichen Angriffen und für eine Vereinbarung von Familie und Beruf. Sie sprachen sich zudem für eine verlässliche Zukunftsplanung für die Beschäftigten, Aufhebung des Einstellungsstopps im Tarifbereich und verstärkte Einstellung von Nachwuchskräften in allen Laufbahnen aus.

Après – Demo...

Ski-Freunde werden es erahnen, denn das Wort „après-ski“ ist längst ein Synonym für das angenehme Leben, welches der körperlichen Ertüchtigung auf zwei Brettern zur Winterszeit folgt.

Der Steuer-Gewerkschaftstag 2006 sollte eigentlich so wie üblich sein. Am ersten Tag die Öffentlichkeitsveranstaltung mit Senator, am zweiten dann die Arbeitstagung. Doch, so sagt schon Bert Brecht in der Dreigroschenoper, die Zeiten, die sind nicht so!

Die Zeiten sind geprägt vom größten Arbeitskampf im öffentlichen Dienst seit 14 Jahren, vom drohenden Zer-„föderalisieren“ der Besoldungsstrukturen, von Kürzungen, Streichungen und enttäuschten Erwartungen allerorten. Da sich zu unserem Gewerkschaftstag der (fast) komplette DSTG-Bundesvorstand angesagt hatte und unser

Bundesvorsitzender, Dieter Ondracek, quasi im Nebenberuf stellvertretender dbb-Bundesvorsitzender ist, lag für den dbb hamburg nichts näher, als zu einer Demonstration für unsere Rechte im Vorfeld des Steuergewerkschaftstages aufzurufen. Der Demonstrationzug, an dem um die 1000 Beschäftigte (darunter sogar Beschäftigte aus Schleswig-Holstein, die ihre Solidarität demonstrierten!) teilgenommen haben, bewegte sich vom Polizeirevier an der Sedanstraße über die Rentzelstraße zur Abschlusskundgebung vor dem Haus des Sports am Schlump. Neben dem Hauptredner Dieter Ondracek traten auch der Landesvorsitzende des dbb, Rudolf Klüver und der Landestreikleiter der Deutschen Polizeigewerkschaft, Michael Adomat, ans Mikrofon.



Und so kam es, dass unser Steuergewerkschaftstag nicht still und heimlich, sondern quasi als wahrhaft „öffentliche“ Veranstaltung begann. Danach folgten im Veranstaltungssaal die Begrüßung durch den Vorsitzenden Michael Jürgens, der seine Rede ganz im Zeichen des Mottos „Steuern ! statt streichen !“ hielt. Zu den Gästen der Veranstaltung zählten u.a. die Bundestagsabgeordnete Antje Blumenthal, der Bürgerschaftsabgeordnete Jürgen Schmidt und diverse Vertreter befreundeter DSTG-Landesverbände. Michael Jürgens machte sehr deutlich, was er von einer Politik hält, die trotz steigender Steuereinnahmen unverdrossen am Sparkurs gegenüber den Beschäftigten festhält. Darüber hinaus prangerte er an, dass dieser Senat nicht nur das Gehalt gekürzt und Zuzahlungen (Kostendämpfungspauschale) eingeführt hat, sondern durch die Novellierung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes auch die Rechte des Personals erheblich eingeschränkt hat. Er forderte die Politik auf, die vorhandenen Steuerquellen durch stärkere Bekämpfung des Steuer- insbesondere des Umsatzsteuerbetrugs auszuschöpfen und nicht länger das Personal zu schröpfen.

Seinem Redebeitrag schlossen sich, wenn auch nicht alle inhaltlich, die des Finanzsenators Wolfgang Peiner, des DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek und des dbb-Landesvorsitzenden Rudolf Klüver an. Besonders umstritten und zu Nachfragen anspornend war dabei der Redebeitrag des Finanzsenators, der den Mut bewies, seine Position streitbar auch vor der Gewerkschaft zu verteidigen – bei dieser Positionierung aus Sicht des Vorstandes aber immer mehr sein Personal aus den Augen verliert. Weit größer waren dagegen die Übereinstimmungen mit dem Statement von Dieter Ondracek und der flammenden Rede Rudolf Klüvers, der viele der derzeitigen Argumente des Arbeitgeber-(Dienstherrn)lagers als „Mumpitz“ bezeichnete und dazu aufrief, die Gewerkschaftsarbeit mit umso größerem Eifer im Angesicht der derzeitigen Lage fortzusetzen.



Ein besonderes Thema war die Bekämpfung des Steuerbetruges. Zu diesem Thema hielt unser Kollege Niels Vogel vom Finanzamt für Prüfungsdienste und Strafsachen einen Vortrag, dessen Inhalt ungläubiges Staunen und Schrecken über den Umfang der kriminellen Aktivitäten auslöste.

Es war also zwar nicht das „angenehme Leben“ eines Beschäftigten der Steuerverwaltung, aber immerhin, es war ein Après-Erlebnis, Après-Demo halt...

Tarifstreit: Dreifach!

Die Situation im Tarifstreit der letzten Wochen ist mittlerweile zu einer für Außenstehende etwas merkwürdigen Sache geworden. Mal wird gemeldet, es wird gestreikt,

mal wird sich geeinigt und trotzdem irgendwo gestreikt. Einige Worte der Klarheit daher für alle:

1. Es gibt noch immer einen Streit mit der Tariftgemeinschaft deutscher Länder (TdL), in der auch das Bundesland Hamburg vertreten ist. Es geht um die Übernahme des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD), der seit dem 01.10.2005 für Bund und Kommunen, nicht aber die Bundesländer gilt. Nach den ergebnislosen Verhandlungen am 20.02.2006 sind neue Gespräche für den 10.03.2006 geplant. Hauptstreitpunkte sind die Fragen der wöchentlichen Arbeitszeit, des „Weihnachtsgeldes“ und diverse, nicht dogmatisch belastete Fachfragen. **Dieses betrifft uns direkt, da auch die bei uns geltenden Arbeitsverträge unmittelbar betroffen sind !** Es kann bei diversen Landesverwaltungen daher auch zukünftig noch zu Streiks kommen.
2. Der Streit der Gewerkschaften mit der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg (AVH) wurde mit der Verhandlungslösung vom 01.03.2006 beendet. Dort ging es nur um die Arbeitszeit in den kommunalen Bereichen in Hamburg. Der Streik u.a. in der Hamburger Stadtreinigung und Stadtentwässerung ist damit ebenfalls beendet. Dieser Abschluss gilt nicht für die Beschäftigten der Kommunen in den übrigen Bundesländern.
3. Schließlich gibt es noch den Tarifkonflikt mit den Krankenhäusern. Diese werden in Hamburg zum großen Teil von der Krankenhaus-Arbeitgebervereinigung Hamburg (KAH) vertreten. Dieser Konflikt ist etwas anderer Natur als die übrigen beiden und ist daher mit der Tarifeinigung bei der AVH ebenfalls nicht beendet.

DSTG – Bundesvorsitzender Ondracek : Länder sollen „gesprächsoffen“ in Verhandlungen gehen

Der dbb hat der Tariftgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vorgeworfen, sie betreibe "Tarifpolitik von vorgestern". Im aktuellen Tarifstreit im öffentlichen Dienst wolle die TdL nicht verhandeln, sondern diktieren, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Dieter Ondracek auf einer Protestkundgebung des dbb am 22. Februar 2006 in Hamburg. "Wir fordern die TdL auf, die Hardliner zurückzupfeifen und geschächsoffen in die Verhandlungen zu gehen", sagte Ondracek mit Blick auf die Ankündigung der Länderseite, im März die Gespräche mit den Gewerkschaften fortzusetzen. Der 2005 für Bund und Kommunen ausgehandelte Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sei "eine gute Grundlage für einen Tarifabschluss auch mit den Ländern", betonte der

dbb Vize Ondracek verwahrte sich dagegen, dass die politisch Verantwortlichen zur Begründung der neuerlich geplanten Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst auf ihre schlechte Kassenlage verweisen. "Wir sagen klar und deutlich: Daran sind nicht wir schuld." Ondracek, der auch Bundesvorsitzender der Deutschen Steuerwerkschaft (DSTG) ist, fügte hinzu: "Wer die Steuerverwaltung nicht in die Lage versetzt, geschuldete Beträge einzukassieren, der kann dann nicht entschuldigend sagen: Sorry, ich muss euch Gehaltsbestandteile wegnehmen, weil meine Einnahmen zurückgehen. Unsere Forderung dagegen lautet: Holt das Geld von denen, die sich an der Kasse ungesetzlich vorbeidrücken. Sorgt für Steuergerechtigkeit. Dann braucht ihr uns nicht in die Tasche zu

greifen.“ Ein guter öffentlicher Dienst sei nicht zum Nulltarif zu haben, stellte Ondracek klar. "Er hat seinen Preis und seinen Wert".

Zu dem Protest hatte der dbb hamburg aufgerufen. Der Vorsitzende des Landesbundes, Rudolf Klüver, sagte, die Beschäftigten hätten die Diskussion

um 18 Minuten Mehrarbeit pro Tag langsam satt. Es gehe vielmehr um Arbeitsplatzabbau. Hamburg sei seit Jahren ein großer Arbeitsplatzvernichter. Der Protestmarsch sei erst der Anfang und könne sich rasch in einen Streik umwandeln, kündigte Klüver an.

Ärger mit der Beihilfe und kein Ende

Jeder Beihilfeberechtigte, der höhere (ab 2.500 €) Arzt- oder Krankenhausrechnungen hatte, konnte bei seinem Beihilfeantrag darauf hinweisen und um bevorzugte Bearbeitung bitten. Für die Beihilfestelle beim Amt für Zentrale Personaldienste (ZPD) gab es auch eine entsprechende Anweisung. In einem aktuellen Fall dauerte die Bearbeitung jetzt mehr als vier Wochen (28 Tage) und der Kollege hatte inzwischen schon zwei Mahnungen vom Krankenhaus erhalten. Auf Nachfrage bei der ZPD wurde erklärt, dass die vorrangige Bearbeitung von Anträgen mit höheren Kosten eingestellt wurde, weil die durchschnittliche Bearbeitungszeit auf 15 Tage gesunken sei. Auf Nachfrage, wer hier nicht rechnen könne – schließlich sind vier Wochen ja mehr als 15 Tage – wurde nur ausweichend geantwortet.

Wir werden diese überaus „fürsorgliche“ Behandlung der KollegInnen beim nächsten Gespräch mit dem Leiter des Personalamtes rügen und Abhilfe einfordern.

Beihilfeverordnung/Kostendämpfungspauschale

Es ist schon merkwürdig, mit welchen Brüchen unser Dienstherr eine Verordnung erlässt. Während z.B. zur Feststellung der Beihilfefähigkeit in § 5 (4) und zur Bemessung der Beihilfen in § 14 BeihVO vom Zeitpunkt des Entstehens ausgegangen wird, stellt der § 17a für den Ansatz der Kostendämpfungspauschale auf das „Datum der ersten Ausstellung der Rechnung ab. Leider ist der Verordnungsgeber hier ganz frei in seiner Entscheidung, welche Voraussetzungen er für welchen Ansatz fordert, er sollte aber derartige Ungereimtheiten unterlassen. Auch zu diesem Thema werden wir das Personalamt befragen.

Für Sie gilt bis dahin: Achten Sie genau darauf, wann eine Rechnung erstellt werden soll. Fordern Sie Ihren Arzt eventuell auf, eine Rechnung schnellstmöglich - insbesondere, wenn eine Behandlung im Dezember stattfindet – auf, eine Rechnung zu erstellen. Es ist ärgerlich, wenn die Beihilfe unnötigerweise um die KDP gekürzt wird, nur weil der Verordnungsgeber bei Abfassung des § 17a BeihVO sich nicht nach den übrigen Regelungen richtet. Oder ist es sogar Absicht gewesen?

Widersprüche gegen die Kostendämpfungspauschale

Die Musterverfahren des Dienstleistungszentrums des dbb sind weiter anhängig. Es gibt noch keine Entscheidung hierzu. Sie müssen also weiterhin Widerspruch unter Hinweis auf die laufenden Musterverfahren(siehe RS Nr. 4/2005) gegen die entsprechenden Beihilfebescheide einlegen.

Internet jetzt für alle – eigentlich aber doch nicht !

Am 6. März 2006 war es endlich so weit : die Finanzbehörde hat den Internetzugang für alle Beschäftigten der Steuerverwaltung „freigeschaltet“. Eine langjährige Forderung von DSTG und Personalrat wurde umgesetzt. Das wurde aber auch Zeit, haben viele Kolleginnen und Kollegen gedacht. Jetzt muss ich nicht immer ins Nebenzimmer, wenn ich eine Internetrecherche vornehmen will. Die Finanzbehörde erließ eine dreiseitige „Anleitung Internet“ und vorläufige Regelungen zur Nutzung. Ein Zugang zum Internet ist jetzt nur möglich, wenn der Nutzer sich vorher abmeldet und dann erneut mit der Internetkennung anmeldet. Nach Aussage der Finanzbehörde ist dieser komplizierte und die tägliche Arbeit mehr als erschwerende Weg notwendig, weil der Datenschützer keine gleichzeitige Nutzung von Internet und Programmen mit Steuerdaten zugelassen hat. Nun ist ein Weg gefunden worden, der einem schon zu denken gibt ! Man könnte meinen, dass der Zugang absichtlich derart schwierig gemacht wurde, unter dem Motto : „Ihr wollt Internet für alle – in Ordnung, dann aber so schwierig, dass ihr bald freiwillig darauf verzichtet“.

Ganz abgesehen von technischen Problemen beim Zugriff auf ZAUBER oder beim Druck aus dem Internet, ist eine sofortige Erledigung von dienstlichen Aufgaben, z.B. eine Auskunft über ein aktuelles BFH – Urteil aus dem Internet während eines Telefonats nicht möglich. Die Finanzbehörde sollte hier noch einmal überlegen, ob dies der einzig mögliche Weg ist, die Auflagen des Datenschützers zu erfüllen. Vielleicht sollte man Informationen aus anderen Behörden oder Steuerverwaltungen anderer Länder einholen, um zu sehen wie dort das Problem schützenswerter Daten gelöst ist.

Wir werden uns auf jeden Fall informieren und der Finanzbehörde ggfls. Vorschläge unterbreiten.

Positives aus der Presse

Manchmal findet man auch positive Kommentare in der Presse bzw. in den Medien. Den nachfolgenden Kommentar von **Heiner Müller, Bayerischer Rundfunk, Bayern 1, Treffpunkt München, 9. Februar 2006, 12.05 Uhr** wollen wir Ihnen nicht vorenthalten, da er unserer Meinung nach die derzeitige Situation genau wiedergibt.

KOMMUNEN, LÄNDER UND UNIKLINIKEN

„So ist wirklich kein Staat zu machen“

„Die Arbeitslosen“, so betont Hartmut Möllring von der Arbeitgeberseite, „werden für diesen Streik kein Verständnis haben.“ Nun, ich versuche mich gerade einmal in die Situation eines Arbeitslosen hineinzusetzen, der auf Arbeitssuche ist. Als Krankenpfleger beispielsweise oder als Arbeiter bei einer Straßenmeisterei. Oder eine Frau, die dringend Arbeit bräuchte als Sekretärin; die deshalb nachfragt bei der Universität oder bei der Justiz. Wird man diesen Arbeitslosen künftig sagen: „Ja, es schaut gut aus für Sie. Demnächst wird einiges frei, hier müssen nämlich alle länger arbeiten.“ Natürlich könnte so einen Unsinn kein einziger Personalchef sagen. Vielmehr wird die Antwort an den Arbeitssuchenden schlicht und einfach lauten: „Machen Sie sich bis auf weiteres keine Hoffnung. Freierwerdende Stellen werden nicht mehr besetzt, denn die Arbeitszeit wurde ja heraufgesetzt, damit die Leute, die noch drin sind, mehr arbeiten.“

Wer also, wie Hartmut Möllring, der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder, die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaft in Stellung bringen will, der spielt mit falschen Karten. Oder er hat schon in der Grundschule im Rechenunterricht nicht aufgepasst. Nehmen wir nur einmal an, in der Straßenmeisterei müssen – damit alles funktioniert – in der Woche 3850 Stunden geleistet werden. Bei der jetzigen Arbeitszeit von 38,5 Stunden braucht man dazu also genau 100 Arbeiter. Müsste jeder dieser 100 Arbeiter künftig aber 42 Stunden arbeiten, dann könnte die gleiche Arbeit statt von 100 eben von nur noch 91 Arbeitern geleistet werden. Neun Arbeitsplätze fielen weg. Das ist so, mit der Mathematik kann man nicht diskutieren.

Gut, werden Sie jetzt vielleicht sagen, das mag ja sein. Aber mit den öffentlichen Haushalten kann man erst recht nicht diskutieren, mit denen kann man ja schon seit Jahren keinen Staat mehr machen. Auf den ersten Blick ist das richtig. Die öffentlichen Kassen sind nicht nur leer – wir bauen auch noch riesige Schuldenberge auf. Aber ein Naturereignis, ein unabwendbares Schicksal ist das nicht. Dass mit unseren öffentlichen Finanzen kein Staat mehr zu machen ist, hängt vielmehr damit zusammen, dass weite Kreise in unserem Land einfach keinen Staat mehr machen wollen. Über viele Jahre hinweg haben wir – und zwar quer durch die Parteien hindurch – das hohe Lied vom schlanken Staat gesungen. Das, was unser Land in den Nachkriegsjahrzehnten so stark und lebenswert machte, nämlich ein gut funktionierendes Gemeinwesen, das wurde schlecht geredet, als Ballast empfunden, als Hemmschuh für die Entfaltung der freien Kräfte des Marktes.

Und deshalb wurde plötzlich modern, überall die Steuern zu senken, am deutlichsten übrigens bei den Reichen und Superreichen. Der Spitzensteuersatz, der beim legendären CDU-Wirtschaftsminister Ludwig Erhard noch bei 53 Prozent gelegen hatte, wurde erst unter Kohl und dann unter Schröder von 53 auf 42 Prozent gesenkt.

Ein anderes Beispiel: Allein durch die Körperschaftsteuerreform sollten 2002 rund acht Milliarden Euro hereinkommen. Tatsächlich kam nicht nur nichts, sondern der Finanzminister musste großen Konzernen sogar noch drei Milliarden zurückzahlen. Oder die Mehrwertsteuer: Seit Jahren weisen die Fachleute auf gigantischen Missbrauch hin, der für den Staat Ausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe zur Folge hat. Man muss nicht mehr solcher Beispiele nennen, um zu sehen, wo die wirkliche Ursache unserer Finanzkrise ist. Nicht die Ausgaben der öffentlichen Hand sind explodiert, sondern die Einnahmen wurden systematisch heruntergefahren. In der naiven Hoffnung, das private Kapitel würde die Zurückhaltung des Staates honorieren, würde also freudig investieren und Arbeitsplätze schaffen. Nichts davon ist eingetroffen. Statt der Zahl der Arbeitsplätze steigen nun die auch noch steuerbegünstigten Gewinne immer weiter – zurück bleiben die Arbeitslosen und ein immer ärmerer Staat. Und der will jetzt in seiner selbstgeschaffenen Finanznot auch noch die Arbeitszeit verlängern, wodurch die Arbeitslosigkeit noch weiter ansteigen würde.

Wenn die Gewerkschaften gegen diese irrwitzige Logik zum Streik aufrufen, haben sie mehr als recht. Denn so ist wirklich kein Staat zu machen.

Tauschcke

Stl'in z.A. (A 9) aus Nordrhein-Westfalen (OFD Münster sucht Tauschpartner aus Hamburg. Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag ist gestellt.
Bitte melden unter 0176/20101609 oder per Mail an Tiescha2@gmx.de.